

1 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2022 – 2. NHHG 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1950

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine (NRW-Krisenbewältigungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1951

erste Lesung

In Verbindung mit:

Antrag zur Feststellung einer außergewöhnlichen Notsituation nach § 18 b Landeshaushaltsordnung (LHO) in Verbindung mit Art. 109 Abs. 3 S. 2, 2. Alternative GG

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1973

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in außergewöhnlichen Zeiten. Solche Zeiten erfordern manchmal auch außergewöhnliche Entscheidungen. Dies gilt auch für Maßnahmen, die eine schnelle und umfassende Reaktion auf wirtschaftliche Entwicklungen in unserem Land ermöglichen.

Wir beraten heute zunächst das Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Antrag auf Feststellung der außergewöhnlichen Notsituation. Anschließend führen wir auch noch eine Debatte über den Haushalt 2023.

Alles das steht unter einem gemeinsamen Vorzeichen: Ausgangspunkt ist der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Dieser hat zu einer Krisensituation geführt, die für Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, öffentliche Stellen, Unternehmen und die staatliche Finanzlage gravierende Folgen hat.

Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet und auch eine sehr ordentliche wirtschaftliche Entwicklung hinter sich – trotz großer struktureller Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Das Wirtschaftswachstum lag im ersten Halbjahr 2022 noch bei beachtlichen 2,5 %. Auch die haushaltswirtschaftliche Lage unseres Landes hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter gebessert.

Wir haben aber erlebt, dass sich die Gesamtsituation in den letzten Monaten zunächst langsam, in den letzten Wochen allerdings mit zunehmendem Tempo negativ verändert hat.

(Zurufe von der SPD)

Das gilt insbesondere für die wirtschaftliche Situation unseres Bundeslandes. Dies belegen aktuelle Analysen der Deutschen Bank, der KfW-Konjunkturkompass und der kürzlich erschienene Konjunkturbericht der IHK Nordrhein-Westfalen.

Die Wachstumsschätzung des ifo Instituts für das dritte Quartal 2022, veröffentlicht am 2. November 2022, war natürlich vor Einbringung unserer Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2023 bekannt. Sie schilderte aber quasi im Rückspiegel die negative Entwicklung eines Quartals im Vergleich zu anderen Ländern.

Viel bedenklicher und für das Land, seine Bürgerinnen und Bürger sowie seine Unternehmen viel bedrohlicher waren die Studien, die danach veröffentlicht wurden und die nun nach vorne schauen. Sie prognostizieren nämlich ein Fortdauern der negativen Entwicklung.

(Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Deshalb ist es jetzt nicht die Zeit, abzuwarten.

(Nadja Lüders [SPD]: Aber die war, die Zeit, oder wie?)

Die Krise erfordert, dass wir uns in unserem Land darauf ausrichten, schnell zu handeln. Denn die Krisensituation trifft unser Land härter und stärker als andere Bundesländer. Deshalb legen wir jetzt das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz vor.

(Volkan Baran [SPD]: Und das ist so plötzlich gekommen?)

Warum wir stärker als andere von diesem Wirtschaftsabschwung betroffen sind, werden Sie vielleicht fragen. Es liegt an der Wirtschaftsstruktur unseres Landes, die durch viele energieintensive Grundstoffindustrien geprägt ist.

Gerade die metallverarbeitende Industrie und die chemische Industrie geraten durch die hohen Energiekosten besonders unter Druck. Die Schlagzeilen, die Sie heute zum Thema „wirtschaftliche Entwicklung bei Evonik“ lesen können, zeigen das. Daher sind Verluste und Produktionseinstellungen von

Teilen von Unternehmen heute schon leider nicht die Ausnahme und zum Teil bereits erfolgt. Auch die Stahlindustrie sowie der Maschinen- und Anlagebau sind von bezahlbaren Energiepreisen besonders stark abhängig und müssen auf diesen Energiepreisschock reagieren.

Insofern ist der Einbruch des Wachstums in einem von energieintensiver Industrie geprägten Land wie Nordrhein-Westfalen stärker als in Bundesländern, in denen die Wirtschaftsstruktur eine völlig andere ist. Das hat sich auch in der großen Wirtschaftskrise 2008/2009 gezeigt. Allerdings erfolgte dann die Erholung aus der Krise auch früher und zum Teil stärker als in anderen Bundesländern. Das gibt sicherlich ein wenig Hoffnung am Horizont.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Auswirkungen der heutigen Energiepreiskrise zeigen sich allerdings zunächst sehr negativ. Die Unternehmen sämtlicher Branchen in Nordrhein-Westfalen beurteilen sowohl die aktuelle Lage als auch die Erwartungen schlechter. Das zeigt die von der Deutschen Bundesbank ermittelte Stimmungstendenz in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den bundesweiten Zahlen.

Mit Blick auf die weitere Entwicklung ist deshalb nicht zu erwarten, dass wir hier kurzfristige Verbesserungen sehen werden. Es ist leider zu erwarten, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen sowohl im letzten Quartal 2022 als auch in 2023 schwächer sein wird als im Bundesdurchschnitt. Insofern sieht der aktuelle Konjunkturbericht der IHK Nordrhein-Westfalen einen schweren Winter für die nordrhein-westfälische Wirtschaft.

Der KfW-Konjunkturkompass vom 25. November 2022 prognostiziert für Deutschland nunmehr insgesamt eine Rezession und erwartet, dass das Bruttoinlandsprodukt 2023 bundesweit um 1 % schrumpfen wird. Die vorherige Prognose lag noch bei minus 0,3 %. Diese Rezession wird nicht mehr nur erwartet; sie ist leider längst angekommen.

Wir stehen angesichts der wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskriegs, der Energiekrise und der nun deutlich erkennbaren besonderen Betroffenheit unseres Bundeslandes vor einer neuen Situation. Ein weiteres Zuwarten wäre unverantwortlich.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Deshalb handeln wir jetzt, um im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes rasche und entschlossene Maßnahmen anstoßen zu können.

(Nadja Lüders [SPD]: Die da wären?)

Angesichts dieser Lage ist nach Überzeugung der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen eine außergewöhnliche Notsituation im Sinne des § 18b der Landeshaushaltsordnung in Verbindung mit Art. 109

Abs. 3 Satz 2, zweite Alternative, des Grundgesetzes entstanden. Diese durch äußere Faktoren geprägte Lage entzieht sich der unmittelbaren staatlichen Kontrolle des Landes.

Diese Notsituation beeinträchtigt die staatliche Finanzlage in Nordrhein-Westfalen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite.

Auf der Ausgabenseite steigen nicht nur die Aufwendungen des Landes für Energie stark an. Auch die notwendige Unterstützung für all diejenigen, die staatliche Leistungen erbringen, belastet aktuell und im kommenden Jahr den Landeshaushalt in nicht vorhergesehenem Maße und auch in einem ganz erheblichen Umfang.

Das betrifft nicht zuletzt Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Hochschule sowie soziale Einrichtungen und Institutionen. Es betrifft aber auch die ehrenamtlichen Strukturen in Nordrhein-Westfalen, die gerade die schwere Zeit der Coronapandemie hinter sich lassen.

Die bisherige Entwicklung der Steuereinnahmen bis Ende Oktober 2022 zeigte noch einen positiven Trend gegenüber dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Das Steuerergebnis des Monats November 2022 ist im Vergleich zum Vorjahr allerdings deutlich negativ ausgefallen.

Es steht zu befürchten, dass sich diese Tendenz in den nächsten Monaten fortsetzen wird, und zwar auch deshalb, weil die absehbar negativere Entwicklung der Wirtschaftsleistung auch Auswirkungen auf die Steuereinnahmenentwicklung des Landes haben dürfte.

In welcher Höhe sich dies bewegen wird, wissen wir noch nicht. Umso wichtiger ist, dass in einer solchen außergewöhnlichen Notlage auch Steuermindereinnahmen aus dem zu errichtenden Sondervermögen ausgeglichen werden können – Sie kennen den Mechanismus aus der Coronapandemie – und damit auch die Einnahmehasis des Landeshaushalts stabilisiert werden kann.

Mit welchen Instrumenten können wir gegensteuern? Unser gemeinsames Ziel muss es sein, aktiv zur Stabilisierung der nordrhein-westfälischen Volkswirtschaft beizutragen und entsprechende Hilfsprogramme zeitnah aufzulegen.

Diese Hilfsprogramme müssen einerseits bestehende Lücken der Bundeshilfsprogramme – der Strom- und Gaspreisbremse sowie der zusätzlichen Härtefallfonds – schließen. Andererseits gilt es mit Blick auf die besondere Situation in Nordrhein-Westfalen, darüber hinauszugehen, damit Unternehmen die schwierige Situation im Winter bewältigen.

Es gilt, drohende Produktionsverlagerungen in Länder mit niedrigeren Energiekosten zu verhindern. Dazu müssen kurzfristige Unternehmenshilfen

umgesetzt und die Transformation der Wirtschaft beschleunigt werden.

Wir müssen dabei von fossilen Energieträgern unabhängiger werden. Das trägt auch unmittelbar zur Stabilität von Energiepreisen bei.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Zudem sind kurzfristige Maßnahmen erforderlich, die die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine für öffentliche Stellen und Institutionen der Daseinsvorsorge abfedern und sie gegen noch zu erwartende Auswirkungen dieser Krisensituation wappnen. Wir müssen vorbereitet sein.

Über die hiermit zu erreichende Stabilisierung wird die Krisensituation auch für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes abgefedert.

Insbesondere für einkommensschwache Haushalte wollen wir die sozialen Auswirkungen der Energiekrise puffern, um den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nicht zu gefährden.

Hier ist etwa an weitere Hilfen für die Tafeln und viele haupt- und ehrenamtliche Institutionen in unserem Land zu denken. Sie spielen unter großem ehrenamtlichen Einsatz eine sehr segensreiche Rolle.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die zur Abmilderung und Bewältigung der bestehenden Notsituation erforderlichen Maßnahmen belasten den Landeshaushalt gravierend und lassen sich nicht ohne eine Kreditaufnahme bewältigen.

Eine kurzfristige Umpriorisierung von bestehenden Ausgaben im Landeshaushalt ist angesichts der zeitnah notwendigen Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen des russischen Angriffskriegs, der in großen Teilen des Haushalts gesetzlich erforderlichen Leistungen und der hohen und kurzfristig nicht veränderbaren Personalausgaben nicht möglich.

Auch eine kurzfristige Erhöhung der staatlichen Einnahmen, etwa durch Steuererhöhungen, wäre derzeit kontraproduktiv. Sie würde die Volkswirtschaft zusätzlich belasten und die Krise verschärfen.

Damit bleibt nur der Weg über eine Kreditaufnahme, um die notwendigen Finanzmittel zur Krisenbewältigung zur Verfügung zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist der Staat als Stabilitätsanker gefragt, der durch antizyklische Investitionen die Nachfrage steigert und so dazu beiträgt, die Krise zu überwinden. Damit kann nicht bis zum Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 2023 gewartet werden. Die dafür erforderlichen Mittel müssen zügig, möglichst sofort, verfügbar sein.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir müssen auch der extremen Unsicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Unternehmen sowie den bereits damit einhergehenden negativen Rückwirkungen auf die nordrhein-westfälische Wirtschaft unmittelbar entgegenreten. Es gilt, jetzt Vorsorge zu treffen, um allen staatlichen Ebenen verlässliche Rahmenbedingungen zu geben und einen tieferen als bisher vorhergesehenen Abschwung der Wirtschaft zu verhindern.

Deshalb richten wir als zentrales Element zur finanziellen Absicherung ein Sondervermögen ein, das durch eine Kreditaufnahme im Landeshaushalt gespeist wird. Hierzu wird eine gesonderte Kreditermächtigung mit einem Höchstbetrag von 5 Milliarden Euro in das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2022 aufgenommen. Damit besteht sehr zeitnah die Möglichkeit, die zur Bewältigung der Krisen erforderlichen Mehrausgaben zu finanzieren.

Die Tilgung der aufgenommenen Kredite erfolgt nach ausdrücklicher Regelung in diesem Gesetzentwurf konjunkturgerecht innerhalb von 25 Jahren, also innerhalb einer Generation.

Dieses Gesetz enthält die aufgrund der Errichtung des Sondervermögens notwendigen Änderungen im Landeshaushalt.

Die für die Errichtung des Sondervermögens erforderliche Gesetzgebung soll zeitgleich mit dem Zweiten Nachtragshaushalt 2022 beschlossen werden.

Die Landesregierung sieht in dieser Herangehensweise einen schnellen und effektiven Weg, um jetzt die notwendigen finanziellen Weichen für wirtschaftlich und gesellschaftlich wichtige Maßnahmen gegen die Krise zu stellen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir bitten Sie alle daher um Unterstützung für die vorliegenden Gesetzentwürfe und für den Antrag auf Feststellung der außerordentlichen Notsituation. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lehne das Wort.

Olaf Lehne¹⁾ (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in außergewöhnlich schwierigen Zeiten.

(Zuruf von der SPD: Sie haben die gleiche Rede! – Heiterkeit von der SPD)

– Ich reagiere kurz auf diesen Zwischenruf: Das hat Vorteile, weil Sie oft genug nicht zuhören. Es wird auch mit Sicherheit noch den einen oder anderen

Punkt geben, den Sie sich doppelt anhören müssen, weil er nun einmal wichtig ist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN –
Sven Wolf [SPD]: Das erkennen Sie aber erst
jetzt!)

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Welt über Nacht verändert. Das menschliche Leid der Ukrainerinnen und Ukrainer, das sich täglich vor unser aller Augen abspielt, macht uns alle betroffen und sprachlos. Spätestens jetzt, in diesem Winter, sind die Auswirkungen dieses mit nichts zu rechtfertigenden Krieges auch in unseren Wohnzimmern angekommen.

(André Stinka [SPD]: Bei anderen schon eher!)

Steigende Gaspreise, Nebenkostenerhöhungen und hohe Lebensmittelpreise stellen viele Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Handwerksbetriebe vor existenzielle Herausforderungen. Die wirtschaftlichen Folgen von Putins Krieg erreichen in unserer globalisierten Welt jeden Einzelnen von uns.

Nordrhein-Westfalen war vor diesem verheerenden Krieg das wirtschaftlich stärkste Land der Bundesrepublik. Im Jahr 2021 hat es ein Bruttoinlandsprodukt von etwa 733 Milliarden Euro erwirtschaftet. Im ersten Halbjahr 2022 lag die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts noch bei 2,5 %.

Die aktuellen Zahlen sprechen jedoch leider eine andere Sprache. Die Wachstumsprognose des ifo Instituts vom 2. November 2022 zeigt einen Rückgang des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts in Nordrhein-Westfalen auf minus 2,8 % an. Im Bund steigt es noch auf 0,3 %.

Von der derzeitigen Energiepreisentwicklung ist Nordrhein-Westfalen deswegen härter betroffen als andere Bundesländer, weil seine Wirtschaftsstruktur – der Minister hat es ausgeführt – durch viele Grundstoffindustrien geprägt ist, die besonders energieintensiv sind.

Die relevanten Indikatoren zeigen, dass die weitere kurz- und mittelfristige Wirtschaftsentwicklung in Nordrhein-Westfalen hinter dem Bundestrend zurückbleiben wird. So ging die Industrieproduktion im dritten Quartal 2023 um 4,6 % zurück, während diese im Bundestrend um 1,9 % zulegen. Bei den Auftrags-eingängen verzeichnete Nordrhein-Westfalen einen Rückgang von 11,4 %; im Bundestrend lag dieser bei 8,6 %.

Die gezielten Angriffe Russlands auf die Infrastruktur der Ukraine lösen eine noch stärkere Fluchtbewegung aus, was unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen vor weitere finanzielle Herausforderungen stellt.

Nordrhein-Westfalen befindet sich aufgrund der wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine in einer finanziellen Notsituation.

Deshalb beantragen wir hier im Landtag gemeinsam mit den Grünen aus den soeben erläuterten Gründen, die außergewöhnliche Notsituation festzustellen, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die finanzielle Lage des Landes Nordrhein-Westfalen erheblich beeinträchtigt.

Die Notsituation erfordert ein unverzügliches Handeln. Ein Zuwarten bis zum Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes 2023 kann nicht verantwortet werden.

Um die aktuelle Krise abzufedern, bringt die nordrhein-westfälische Landesregierung heute das NRW-Krisenbewältigungsgesetz in den Landtag ein. Mit der Errichtung eines Sondervermögens in Höhe von bis zu 5 Milliarden Euro kann in dieser aktuellen Notsituation unverzüglich, zielgerichtet und wirkungsvoll gehandelt werden.

Die Befüllung des Sondervermögens erfolgt durch Kreditaufnahmen im Landeshaushalt. Hierzu wird eine gesonderte Kreditermächtigung mit einem Höchstbetrag von 5 Milliarden Euro in das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2022 aufgenommen. Die Kreditermächtigung ist ausdrücklich auf die Zwecke des Sondervermögens beschränkt. Der Zweite Nachtragshaushalt 2022 enthält die aufgrund der Errichtung des Sondervermögens notwendigen Änderungen im Landeshaushalt.

Mithilfe des Sondervermögens kann die nordrhein-westfälische Landesregierung der finanziellen und wirtschaftlichen Krise maßgeblich und wirkungsvoll entgegenwirken.

Es sollen Hilfsprogramme für die Menschen in Nordrhein-Westfalen aufgelegt werden, um zum Beispiel insbesondere einkommensschwache Haushalte von steigenden Energiekosten zu entlasten.

Auch bestehende Lücken der Bundeshilfeprogramme – der Strom- und Gaspreisbremse sowie der zusätzlichen Härtefallfonds – sollen auf diese Weise geschlossen werden.

Die Errichtung des Sondervermögens ist der richtige Schritt, um der aktuellen Krise entschlossen die Stirn zu bieten.

„Aus Krisen erwachsen auch immer neue Kräfte“, betonte die ehemalige Präsidentin des Deutschen Bundestages Rita Süssmuth.

Bereits beim einstimmigen Beschluss des Coronaretungsschirms im Jahre 2021 haben wir hier im Landtag Nordrhein-Westfalen bewiesen, dass wir in Krisenzeiten parteiübergreifend zum Wohle des Landes zusammenarbeiten können.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Lassen Sie uns dies den Bürgerinnen und Bürgern erneut beweisen, um diese Krise gemeinsam zu überwinden.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Zusammenhalt, Solidarität und Toleranz sind die Stärken Nordrhein-Westfalens. Besinnen wir uns auf sie und zeigen in dieser Krise Zusammenhalt über Parteigrenzen hinweg!

Es hilft im Übrigen nichts, wenn hier Rechtsgutachten zu Fällen, die sich inzwischen erübrigt haben, eingeholt werden. Das hilft nicht die Bohne.

(Christian Dahm [SPD]: Nicht? – Heiterkeit von der SPD)

Es hilft, Verantwortung zu tragen. Es hilft, vorher zu prüfen, was tatsächlich Sache ist.

(Lachen von der SPD)

Als Jurist weiß ich selber, dass man mindestens drei verschiedene Meinungen hört, wenn man drei Juristen nach Ihren Meinungen fragt.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Nadja Lüders [SPD]: Das ist Ihnen ja früh eingefallen! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Weitere Zurufe)

Interessant ist auch, dass die SPD im Ausschuss permanent die Feststellung der Notlage gefordert hat.

(Nadja Lüders [SPD]: Richtig! – Kirsten Stich [SPD]: Richtig! – Zuruf von der SPD: Wir wussten das schon eher!)

Heute kann sie sich daran offensichtlich nicht mehr erinnern.

(Widerspruch von der SPD)

Notlage bleibt Notlage; die Voraussetzungen dafür liegen vor.

(Sven Wolf [SPD]: Die Notlage liegt eher in der Koalition!)

Zum Schluss noch eine Feststellung: Die SPD macht es sich auch deshalb immer sehr leicht, weil sie sich mit verfassungswidrigen Haushalten auskennt und wir nicht.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD)

Dreimal hat es unter Walter-Borjans verfassungswidrige Haushalte gegeben. Das wollen wir nicht.

(Sven Wolf [SPD]: Das ist peinlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ja, der Landesrechnungshof stellt etwas fest. Das darf er auch, das muss er auch, und es ist gut, dass er das feststellt.

(Zuruf von der SPD: Das ist schön! – Stefan Zimkeit [SPD]: Weil Sie geschummelt haben!)

Das ändert nur nichts an der Tatsache, dass der Landesrechnungshof eine Meinung vertritt und nicht unbedingt die Meinung des Verfassungsgerichts.

(Widerspruch von der SPD)

Vielleicht springen Sie über Ihren parteipolitischen Schatten und stimmen unserem gemeinsamen Antrag mit den Grünen zu. Wegducken gilt nicht. Selbstverständlich stimmen wir unserem eigenen Antrag zu, auch der Überweisung der Gesetzentwürfe stimmen wir zu. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Lehne. – Für die SPD-Fraktion spricht ihr Vorsitzender der Kutschaty.

(Jochen Ott [SPD]: Das war die ausgestreckte Hand? Das habe ich noch im Ohr! Auf gute Gespräche! – Weitere Zurufe – Glocke)

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Finanzminister, ich habe Ihnen intensiv zugehört, aber Ihre vielen Worte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Koalition aus CDU und Grünen derzeit nicht regierungsfähig ist.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von der FDP)

CDU und Grüne sind nicht in der Lage, heute konkrete Maßnahmen gegen die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten zu benennen. Sie sind nicht in der Lage, konkrete Maßnahmen zu nennen, um Familien zu entlasten. Sie sind nicht in der Lage, heute darzulegen, wie Sie Vereine konkret unterstützen wollen. Sie sind nicht in der Lage, heute zu benennen, wie Sie Unternehmen vor der Insolvenz retten wollen. Sie sind nicht in der Lage, klarzumachen, wie Sie die Kommunalfinanzen stabilisieren wollen. Sie waren ja noch nicht einmal in der Lage, einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen.

(Beifall von der SPD und der FDP – Widerspruch von der CDU)

Das, was Sie hier in den letzten Wochen vorgeführt haben, hat dieser Landtag so noch nicht gesehen. Ihr Gebaren ist chaotisch und dilettantisch. Diese Koalition ist der Krise in keiner Weise gewachsen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Was ist denn jetzt aber der wahre Grund für diesen hektischen, eiligen, nicht geplanten, improvisierten weiteren Nachtragshaushalt? Was ist der Grund für diese Debatte? Herr Dr. Optendrenk, Sie wollen uns doch nicht ernsthaft weismachen, dass sich die wirtschaftliche Lage in den letzten paar Tagen so kolossal geändert hat.

Ich werde Ihnen sagen, was der Grund für Ihre hektische Operation am heutigen Morgen ist: Sie sind des Verfassungsbruchs überführt worden, und des-

wegen müssen Sie jetzt umsteuern. Das ist der einzige Grund.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Um Ihren Schönwetterhaushalt zu retten, haben Sie Kreditemächtigungen aus dem Coronarettungsschirm zweckentfremdet, „illegal abgezweigt“ könnte man auch sagen. So sagt man dazu.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Sie haben im Herbst dieses Jahres Kredite in Höhe von über 4 Milliarden Euro unter dem Deckmantel des Coronarettungsschirms aufgenommen. Die waren gar nicht notwendig, denn da lagen noch 3 Milliarden Euro liquide Mittel herum, und die Ausgaben sahen nur 2,4 Milliarden Euro vor. Warum also diese Kreditaufnahme? Der Bestand hätte gereicht.

Ich kann Ihnen sagen, warum Sie das gemacht haben: Sie wollten Geld für schöne Koalitionsprojekte im nächsten Jahr ins Trockene retten. Das ist der wahre Grund für diese Täuschung, die Sie gemacht haben.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Der Landesrechnungshof hat das sehr eindeutig festgestellt. Die Kreditaufnahmen verstoßen gegen das notlagenspezifische Konnexitätsprinzip und waren damit verfassungswidrig – verfassungswidrig! Das war der Grund. Ich bin mir sicher, das Finanzministerium hat das gewusst. Ich bin mir auch sicher, Sie, Herr Dr. Optendrenk, haben es gewusst, aber Sie haben es trotzdem getan – wahrscheinlich mit schlechtem Gewissen, wahrscheinlich auf Anweisung des Ministerpräsidenten, aber Sie haben es getan.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Warum? Sie haben es getan, weil Ihr Ministerpräsident das Trugbild eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2023 aufrechterhalten wollte. Dafür haben Sie Ihren guten Ruf hergegeben, Herr Dr. Optendrenk, für den schönen Schein und für ideologische Symbolpolitik. Schade eigentlich für Sie, Herr Dr. Optendrenk.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Der Schaden aber, den Sie mit dieser Operation angerichtet haben, ist nicht nur politischer Art, sondern das ist auch ein finanzieller Schaden für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande. Für 4 Milliarden Euro an neuen Krediten müssen Zinsen gezahlt werden. Das ist ein Skandal. Nur für Eitelkeiten der Koalitionsfraktionen müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler jetzt hohe Kreditzinsen zahlen. Schämen Sie sich dafür, Herr Dr. Optendrenk!

(Beifall von der SPD und der FDP)

Der Haushalt für das Jahr 2023 ist der erste, für den Hendrik Wüst und Marcus Optendrenk die politische Verantwortung tragen. Bei Ihrem ersten Haushalt sind Sie krachend gescheitert, meine Herren. Sie

haben eine Verfassungsbruchlandung erster Güte hingelegt.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Doch damit nicht genug: Sie haben sich selbst in die Handlungsunfähigkeit hineintaktiert mit Ihrem Agieren in den letzten Wochen. Erinnern wir uns bitte an die Debatten hier im Hause: Monatlang haben Sie so getan, als ginge Sie die Energiekrise gar nichts an, das sei allein ein Problem des Bundes.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Deshalb haben Sie es versäumt, in den letzten Monaten Unterstützungspakete zu konzipieren. Sie haben keine Vorsorge im Haushalt getroffen. Stattdessen wollten Sie uns Ihre Flucht vor der Verantwortung hier als Regierungskunst verkaufen. In Wahrheit war das schon immer ein Ausweis von Regierungsversagen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Doch Ihre Flucht ist zu Ende, die Realität hat Sie eingeholt. Die nordrhein-westfälische Wirtschaft schrumpft extrem. Die Kommunalfinanzen geraten außer Kontrolle.

(Zuruf von der SPD)

Kitas und Vereine stehen vor dem Aus. Wir sind Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum, aber Spitzenreiter bei der Steigerung der Armutsquote. Das Land rutscht in eine Krise, aber die Landesregierung ist auf nichts vorbereitet; auf gar nichts sind Sie vorbereitet gewesen.

Heute zeigen Sie sich von der Lage überrascht, das alles sei erst in den letzten Tagen so erkennbar gewesen. Eine sachkundige und vorausschauende Regierung wäre niemals überrascht worden. Ihr Krisenmanagement in den letzten Monaten war mangelhaft, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Herr Ministerpräsident, ich muss Sie an einen Spruch erinnern, der wahrscheinlich Ihr Lieblingsspruch ist, den wir in den letzten Monaten von Ihnen so oft hören mussten: Krise braucht Klarheit. Krise braucht Klarheit. – Was für eine Heuchelei, wenn man bedenkt, zu welchen Buchungstricks dieser Ministerpräsident den Finanzminister veranlasst hat. Nicht Klarheit, Heuchelei ist das.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Trotzdem ist es ja wahr: Krise braucht Klarheit. Aber Krise braucht viel mehr: Krise braucht Kompetenz, Krise braucht Können, Krise braucht Handwerk. Aber nichts davon hat diese Regierung in diesen Tagen zu bieten.

Wir müssen das Land durch eine schwere Krise führen, aber die schwarz-grüne Koalition beherrscht

nicht einmal die Grundlagen des Regierens. Monate lang hat der Ministerpräsident nichts anderes gemacht, als Forderungen an den Bund zu stellen. Er hat sich selbst um gar nichts gekümmert. Andere belehren, aber selbst nichts hinbekommen, das ist eine besonders unsympathische Art des Dilettantismus.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Und doch: Für einen kurzen Moment sah es so aus, als wollten CDU und Grüne nun den Schulterschluss mit den Demokratinnen und Demokraten in diesem Hause. Für einen kurzen Moment habe ich wirklich geglaubt, die Koalition wolle sich mit der demokratischen Opposition auf einen gemeinsamen Kraftakt gegen die Krise einigen.

Doch das war ein Irrtum. Noch während wir am Montagabend zusammensaßen, wurde unabgestimmt ein Beschlussentwurf an die Presse geleakt mit dem Ziel, die demokratische Opposition unter Druck zu setzen.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Unwahr! – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Nach dem Verfassungsbruch kommt nun der Vertrauensbruch, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von der SPD und der FDP – Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU] – Weitere Zurufe)

In Wahrheit wollen Sie doch keine Gemeinsamkeiten, Sie wollten von uns nur die Zustimmung zur Erklärung der außergewöhnlichen Notlage einkaufen. Das wäre Ihre Absolution gewesen,

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

die Sie brauchen, um von Ihrem Verfassungsbruch abzulenken und einfach weitermachen zu können

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

wie bisher. Aber das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Wir werden der Erklärung der außergewöhnlichen Notlage heute nicht zustimmen; denn das, was Sie heute hier beschließen wollen, ist nicht verfassungsfest. Eine verfassungsfeste Erklärung würde stichhaltig begründen, warum jetzt doch die Notlage eingetreten ist, von der Sie vor wenigen Tagen und Wochen noch behauptet haben, dass es sie gar nicht gibt. Wenn man eine solche Kehrtwende macht, dann muss man das ausreichend und intensiv begründen, um das verfassungskonform zu machen.

Ich habe Ihnen heute zugehört, Herr Dr. Optendrenk.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Ich habe Ansätze eines Versuches in Ihrer Rede gesehen, hier heute verfassungskonform zu reden. Aber gelungen ist Ihnen das nicht.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Eine verfassungsfeste Erklärung müsste zudem plausibel machen, warum diese Kosten, die Sie aufwenden wollen, nicht durch andere Einsparmaßnahmen oder aus dem normalen Haushalt bezahlt werden können.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Vorschläge möchte ich mal von der SPD sehen, Herr Kollege! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie regieren!)

Auch das leistet Ihre Erklärung nicht. Dann müssten Sie das wenigstens begründen. Aber ich kann Ihnen ein paar Sparvorschläge machen. Bei den PR-Maßnahmen in der Staatskanzlei gehen die Ausgaben wieder nach oben. Da könnten Sie was einsparen. Das wäre mal ein Vorschlag.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Wenn Sie hier eine Erklärung haben möchten, in der Sie zum Ausdruck bringen: „Ich brauche jetzt mehr Geld, ich muss mehr ausgeben, als ich an Einnahmen habe“, dann können Sie das machen. Aber dann müssen wir doch wissen: Wofür wollen Sie es ausgeben? Bis heute habe ich nicht gehört, wofür Sie das Geld ausgeben wollen.

(Beifall von der SPD und der FDP – Jochen Ott [SPD]: So ist das! Wofür? – Sven Wolf [SPD]: Wofür? Genau! – Jochen Ott [SPD]: Unfassbar ist das!)

Ich habe bei meinen beiden Vorrednern heute auf einen Zauberbegriff gewartet: Dreisäulenmodell. Ich hatte mich schon wieder darauf gefreut. Aber mittlerweile wissen Sie selbst, Ihr Dreisäulenmodell ist aus Pappmaschee. Das ist zusammengebrochen. Da ist nichts an Konzeption.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Nein, meine Damen und Herren, Sie werden den Verdacht nicht los, dass hier wieder nur eine Truhe voller Geld im Koalitions Keller gelagert werden soll, damit Sie zukünftige grüne und schwarze Koalitionsprojekte finanzieren können. Das wäre aber wieder ein Verfassungsbruch.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Ein Sondervermögen ist zur Abwehr einer Krise da und nicht zur Rettung der schwarz-grünen Koalition.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Deswegen kann ich Sie nur warnen. Eine Schatztruhe auf Kredit werden wir nicht akzeptieren. Eine Opposition kann das nicht.

Es gibt aber auch einen anderen Weg. Es gibt immer die Möglichkeit für eine faire Zusammenarbeit aller demokratischen Fraktionen. Bis zum 20. Dezember können wir ein verfassungsfestes Sondervermögen verabschieden, mit dessen Hilfe wir die Krise bekämpfen.

Die SPD ist dazu bereit, weil wir Unternehmen und Arbeitsplätze schützen wollen, weil wir Familien und Kommunen entlasten wollen, weil wir unsere Verantwortung für das Land kennen. Allerdings muss verbindlich festgelegt werden, wofür das Geld ausgegeben wird. Da, Herr Lehne, empfehle ich Ihnen doch einen Blick in das heute vorgelegte Gutachten; denn da gibt es auch Sachen, die Sie offensichtlich noch nicht wissen und die bislang noch nicht als verfassungswidrig festgestellt worden sind.

Wir können solche wichtigen Entscheidungen, wie 5 Milliarden Euro ausgegeben werden, nicht allein von der Zustimmung des HFA auf Wunsch der Regierung abhängig machen. Solche wichtigen Entscheidungen gehören ins Parlament. Hier muss die Entscheidung darüber getroffen werden, wofür wir das Geld ausgeben wollen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Herr Professor Kempny macht in seinem Gutachten sehr, sehr deutlich: Der Haushalt ist ein Gesetz. – Es heißt ja nicht umsonst Haushaltsgesetz. Gesetze werden nicht im HFA verabschiedet. Die Entscheidung über ein Volumen von 5 Milliarden Euro, dessen Verwendungszweck noch unkonkret ist und bei dem es erst im Laufe des Verfahrens zu Konkretisierungen, zu Modifizierungen, zu genaueren Bestimmungen kommt, gehört hier ins Parlament. Da müssen alle Abgeordneten mitreden können und nicht nur ein kleiner Teil des Haushalts- und Finanzausschusses. Das ist der nächste Verfassungsbruch, auf den Sie zusteuern. Das sage ich Ihnen jetzt schon sehr deutlich.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Lassen Sie uns gerne hier gemeinsam im Plenum beschließen, wo und wie wir helfen wollen. Unsere Forderungen liegen auf dem Tisch: Familien müssen von Gebühren für Bildung und Mobilität entlastet werden. Kleinere und mittlere Unternehmen brauchen unsere Unterstützung, damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze hier in Nordrhein-Westfalen gesichert werden können. Unsere Städte und Gemeinden müssen mit genug Geld ausgestattet werden, um Schließungen von Einrichtungen zu verhindern. Wir müssen Vereine retten und Menschen helfen, wo die Inflation besonders hart durchschlägt.

Die Prioritäten der SPD sind klar. Wir vertreten die Interessen der Menschen, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien. Darauf können sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen verlassen.

Zu der Regierungsmehrheit sage ich noch einmal: Beenden Sie Ihre Trickereien! Greifen Sie auch mal Vorschläge der demokratischen Opposition auf! Für Eitelkeiten ist in dieser Krise kein Platz mehr. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD – Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kutschaty. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Abgeordnete Herr Rock.

Simon Rock (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die durch den russischen Angriffskrieg ausgelöste Energiekrise stellt uns vor enorme Herausforderungen.

(Zuruf von Alexander Vogt [SPD])

Das haben wir mittlerweile alle festgestellt.

Die Ampelregierung auf Bundesebene hat bereits viele weitreichende Hilfsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Damit begegnet sie den multiplen Krisen dieser Zeit. Ganz konkret spüren die Gaskundinnen und -kunden in NRW die Entlastungen jetzt im Dezember. Neben der Energiekrise und der Energiepreisentwicklung hat NRW auch einen deutlich erhöhten Finanzierungsbedarf im Bereich der Geflüchteten für die Kommunen.

Aus Sicht meiner Fraktion ist daher klar, dass dringend ergänzende Hilfen zu den Entlastungsmaßnahmen des Bundes benötigt werden. Wir haben stets gesagt, dass wir die Menschen, die Unternehmen und die Kommunen in Krisenzeiten nicht im Stich lassen werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Dem kommt die schwarz-grüne Landesregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Errichtung eines Sondervermögens zur Krisenbewältigung nach. Mit 5 Milliarden Euro werden wir als Koalition zielgerichtete Hilfen bereitstellen.

(Zuruf von der SPD: Welche? – Nadja Lüders [SPD]: Welche genau?)

– Die Haushaltsverabschiedung ist am 20. Dezember.

(André Stinka [SPD]: Das ist aber zügig!)

Bis dahin werden wir ein Maßnahmenprogramm auf den Weg bringen. Das ist besser, als ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen hinzubekommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Selbstverständlich laden wir Sie gern ein, daran mitzuwirken. Das ist doch völlig klar.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Zweite Lesung streichen Sie aber! – Jochen Ott [SPD]: Verfassungsrechtler drehen sich im Grabe um!)

Das Landesprogramm umfasst zum einen die akute Krisenhilfe zur Abfederung der Folgen der Energiekrise und zur Unterstützung bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine. Ohnehin schon von Armut bedrohte und betroffene Menschen treffen die aktuellen Preissteigerungen infolge des Angriffskriegs Putins auf die Ukraine besonders hart.

(Jochen Ott [SPD]: Was ist jetzt der Unterschied zu vor vier Wochen?)

Menschen, die schon vorher jeden Euro zweimal umdrehen mussten,

(Jochen Ott [SPD]: Unterschied zu vor vier Wochen!)

wissen einfach nicht mehr, wie es weitergeht.

(Zuruf: Doch! – Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Nur die Regierung leider nicht! – Jochen Ott [SPD]: Wahrscheinlich!)

NRW ist ein solidarisches Land. Deshalb ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir auch in dieser Krise

(Unruhe – Glocke)

solidarisch sind.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die zweite Säule betrifft unsere Krisenresilienz. Wir müssen auf mögliche Katastrophen vorbereitet sein, um als Staat unserer Verantwortung für die Menschen in diesem Land gerecht zu werden.

Schließlich umfasst das Sondervermögen die Krisenvorsorge. Denn wenn uns die Energiekrise eines vor Augen geführt hat, dann doch wohl, dass wir uns nie wieder – wirklich nie wieder – in die einseitige Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus autokratischen Regimen wie Russland begeben dürfen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Jede eingesparte Kilowattstunde hilft, dass wir gut durch diese Krise kommen. Deshalb sind der Ausbau der erneuerbaren Energien

(Ralf Witzel [FDP]: Sie müssen jetzt mal zum Haushalt reden!)

und der effizientere Umgang mit Energien nicht nur im Sinne des Klimas, sondern der Schlüssel zur Krisenvorsorge. Denn die erneuerbaren Energien sind ja bekanntlich Freiheitsenergien.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Jetzt dachte ich eigentlich, die FDP findet das gut; es steht auf ihrer Webseite. Aber ich nehme das auch zur Kenntnis.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Lachen von der SPD und der FDP)

Und ja, lieber Herr Kollege Kutschaty, auch Wärmepumpen können dabei helfen.

In der Haushaltsanhörung stieß das Krisenbewältigungsprogramm auf Zustimmung. So stellte Dr. Tobias Hentze vom IW in Köln die Vorteile der staatlichen Interventionen aus ökonomischer Sicht heraus.

Die Wirtschaftsdaten der vergangenen Tage und Wochen machen deutlich, dass die Voraussetzungen für das Vorliegen einer außergewöhnlichen Not-situation im Sinne des Grundgesetzes und der Landeshaushaltsordnung mittlerweile gegeben sind.

So sieht der am 25.11.2022, also vor weniger als zwei Wochen, veröffentlichte KfW-Konjunkturkompass Deutschland in eine schwere Rezession rutschen und erwartet für 2023 eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung um 1 % des Bruttoinlandsprodukts.

Der vor Kurzem erschienene Herbst-Konjunkturbericht der IHK NRW sieht für die NRW-Wirtschaft einen schweren Winter voraus.

Auch andere wie das ifo Institut, die Analyse der Deutschen Bundesbank sowie das RWI sehen Deutschland in der Rezession, wobei NRW aufgrund der energieintensiven Industrien besonders betroffen ist.

Außerdem lassen die rückläufigen Steuereinnahmen in NRW im November nichts Gutes erahnen. Andere Bundesländer gehen diesen Weg ebenfalls.

(Sven Wolf [SPD]: Aber vor Wochen!)

Brandenburg, das Saarland und Bremen haben für ihre Landeshaushalte bereits die außergewöhnliche Notsituation erklärt und machen somit von der Ausnahmeregelung der Schuldenbremse Gebrauch.

(Jochen Ott [SPD]: Als wir noch gesagt haben, es wäre nicht nötig!)

Wir gehen mit der Erklärung der Notsituation nicht leichtfertig um, im Gegenteil.

(Zuruf von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

Wir machen Gebrauch von der gesetzlich vorgesehenen Ausnahmeregelung, damit unser Land gut durch die Krise kommt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wenn eben von Vertrauensbruch die Rede war, dann muss ich mich schon ein bisschen wundern. Während wir noch bis Dienstagvormittag in Abstim-

mungsgesprächen mit den demokratischen Fraktionen waren, hatte die SPD schon zu einer Pressekonferenz eingeladen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Sven Wolf [SPD]: Unglaublich! – Jochen Ott [SPD]: ... zur zweiten Lesung ist außergewöhnlich! Ist ja lächerlich! Sie sollten sich mal bei Ihrem Vorgänger erkundigen! – Glocke)

– Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich höre in den Plenardebatten ja immer sehr aufmerksam zu. Ich kann Ihnen sagen, was Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Kutschaty, am 30.09. hier in diesem Plenum gesagt hat. Er hat gesagt: „Wer die lauteste Meinung hat, hat häufig nicht die leiseste Ahnung [...]“. Ich lasse das einfach mal so unkommentiert hier stehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit der ursprünglich in der Ergänzungsvorlage zum Landeshaushalt 2023 vorgesehenen Übertragung der noch vorhandenen Mittel aus dem Coronaretungsschirm wurde im Übrigen ein ähnlicher Weg gewählt, wie der Bund ihn vorgemacht hat. Der Bundestag hat den eigentlich für die Coronakrise eingerichteten Wirtschaftsstabilisierungsfonds umgewidmet und darüber hinaus mit zusätzlichem Kreditvolumen ausgestattet, und zwar auf Vorschlag des Bundesfinanzministers Christian Lindner, seines Zeichens bekanntlich FDP-Vorsitzender und ehemaliger Fraktionsvorsitzender der FDP im NRW-Landtag, sowie mit Unterstützung des Bundeskanzlers Olaf Scholz, der ja bekanntermaßen Mitglied der SPD ist. Ja, auch die grüne Bundestagsfraktion hat das angesichts des Ausmaßes der Krise so mitgetragen.

Im Ergebnis wird dieses 200-Milliarden-Euro-Sondervermögen mit in diesem Jahr neu aufgenommenen Krediten für Maßnahmen in den Folgejahren finanziert. Soweit ich weiß, gilt das Grundgesetz nicht nur für NRW, sondern erst recht für den Bund.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und FDP, es verwundert schon sehr, dass das, was auf Bundesebene nach Rechtsauffassung von Christian Lindner und Olaf Scholz verfassungskonform ist, hier in NRW nicht gehen soll.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Sven Wolf [SPD]: Da sind es aber konkrete Maßnahmen! – Jochen Ott [SPD]: Ha, das ist ja lächerlich!)

Am Ende des Tages entscheidet immer noch der Schiedsrichter, und das ist nicht der Landesrechnungshof, sondern in dem Fall der Verfassungsgerichtshof.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD)

Herr Kutschaty, ich gehe davon aus, dass Ihnen als ehemaligem Justizminister das bekannt vorkommen sollte.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD)

Beim Fußball ist es ja nervig, minutenlang auf den Videobeweis zu warten, das kennen wir alle. Aber in diesem Fall müssten wir wohl monatelang auf eine Entscheidung warten, und die Zeit haben wir im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einfach nicht. Das wäre nicht nur ärgerlich, sondern schlicht verantwortungslos.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Die Menschen, die Vereine, die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen brauchen jetzt zeitnah Unterstützung in der Krise. Auch deshalb gehen wir einen anderen Weg. Wir wollen, dass die Mittel schnellstmöglich ausgezahlt werden können.

(Zuruf von der SPD: Wohin denn? – Sven Wolf [SPD]: Was denn konkret?)

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt tragen wir Sorge dafür, dass das in diesem Jahr

(Weitere Zurufe von der SPD)

noch passieren kann, dass in diesem Jahr noch über die ersten Maßnahmen entschieden wird.

(Unruhe – Glocke)

Präsident André Kuper: Moment.

Simon Rock (GRÜNE): Der vorgesehene Ablauf zur Beratung ...

Präsident André Kuper: Einen Moment bitte. Stopp mal eben! – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte lassen Sie den Redner ausreden. Unterbrechen Sie nicht durch ständige Zwischenrufe.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Simon Rock (GRÜNE): Das spricht dann ja eher für die Zwischenrufer als für den Redner. Aber sei's drum.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der vorgesehene Ablauf zur Beratung des zweiten Nachtragshaushalts sowie des Sondervermögens Krisenbewältigung ist aufgrund der gegebenen Umstände extrem sportlich, das wissen wir. Deshalb möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei SPD und FDP dafür bedanken, dass sie den vorgesehenen Beratungsablauf so mittragen.

In diesem Sinne freue ich mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss. Vielleicht gelingt uns ja trotz

allem eine Einigung in der Sache. Das wäre in jedem Fall im Interesse der Menschen in unserem Land.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Für die FDP spricht ihr Fraktionsvorsitzender Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, Krise braucht Klarheit. Das wiederholt der Ministerpräsident mantraartig seit Wochen. Das große Problem ist: Reden und Handeln passen nicht zusammen. Sie reden von Klarheit, Sie liefern Chaos.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Herr Ministerpräsident, an diesem Chaos sind ja immer andere schuld: die äußeren Umstände, am liebsten natürlich Berlin. Wir befinden uns in dem historisch kürzesten Haushaltsberatungsverfahren, das dieser Landtag jemals gesehen hat, mit der historisch schlechtesten Beratungsgrundlage, die eine Landesregierung jemals vorgelegt hat.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Diese Landesregierung ist Weltmeister darin, von anderen etwas zu fordern. Sie ist grottenschlecht darin, selbst zu liefern. So kann man ein Land nicht regieren und schon gar nicht durch die Krise führen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Wir debattieren heute nach nun wirklich landespolitisch denkwürdigen Tagen den zweiten Nachtragshaushalt für das Jahr 2022. Die Verantwortung sowohl für diese denkwürdigen Tage als auch für die Beratungsgegenstände trägt aber nicht Berlin, die trägt auch nicht die Opposition, die trägt auch nicht der Landesrechnungshof, sondern die trägt diese Landesregierung, die trägt diese Koalition, die trägt letztlich dieser Ministerpräsident.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Sie wollten zweckgebundene Gelder aus dem Coronarettungsschirm umbuchen. Sie wollten Ihr Märchen finanzieren, das da heißt: Wir brauchen keine neuen Schulden. – Meine Damen und Herren, das war der Versuch einer politischen Geldwäsche, und das war rechtswidrig. Darum haben Sie eine Kehrtwende hingelegt.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Bei der Vorlage Ihres sogenannten Basishaushaltes hätte man ja noch gutmütig sagen können, es gibt ein paar Startschwierigkeiten. Mittlerweile stellen Sie offenen Regierungsversagen zur Schau.

Ich habe Ihnen am 26.10. einen finanziellen Schiffbruch mit Ansage prophezeit. Dafür muss ich mich

entschuldigen, das nehme ich zurück. Das ist kein Schiffbruch, das ist eine Selbstversenkung, die wir in den letzten Tagen gesehen haben.

(Beifall und Heiterkeit von der FDP und der SPD)

Schauen wir uns das noch einmal an, weil ja gerade seitens des Finanzministers und seitens der Koalitionsfraktionen gesagt wurde, das alles sei notwendig, um schnell zu helfen. Gucken wir einmal, was schneller möglich gewesen wäre.

Am 20. September gab es den ersten Nachtragshaushalt für dieses Jahr. Dieser Nachtragshaushalt beinhaltete keine Entlastungsimpulse für dieses Land, dafür Tausende Fingerzeige in Richtung Berlin. Da wurden Wahlversprechen umgesetzt und Besoldungen angehoben, aber nichts davon hatte Bezug zur Krise. Chance vertan, schnell helfen war da noch nicht geplant.

Am 30. September habe ich hier von diesem Pult angeboten: Wir können gerne über die Frage sprechen, auch interfraktionell, wie man denn Krisenhilfe finanzieren kann. – Dieses Angebot steht bis heute und verhallte.

Am 27. Oktober kam der sogenannte Basishaushalt auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung, die schlechteste Datengrundlage aller Zeiten. Der Ministerpräsident läuft durch die Republik. Parallel zu den Ordensverleihungen

(Heiterkeit von der SPD)

wird dann gesagt: Natürlich beteiligen wir uns daran, wenn der Bund jetzt hier entlastet. – Aber im Basishaushalt sieht man nichts, 0 Euro für Krisenhilfen.

Dann kam am 2. November die Einigung über das dritte Entlastungspaket. Die Landesregierung wurde von der Realität eingeholt, besser gesagt: überrollt und überrascht.

Dann sollte ganz schnell – es ist nun der 8. November – das Haushaltsloch gestopft werden, ein Milliardenloch, das entsteht. Es sollten auch ganz schnell Fehler und vor allem die Untätigkeit der Wochen davor vertuscht werden. Da wurde die Parole ausgegeben: tarnen, tricksen, täuschen.

Obwohl die Landesregierung vorher noch schriftlich gegenüber dem Parlament kommuniziert hatte, dass genug liquide Mittel im Coronarettungsschirm seien, wurden ohne Sachgrund über 4 Milliarden Euro an neuen Krediten aufgenommen. Diese vermeintlichen Restmittel wurden künstlich geschaffen; da sollte Coronageld zur Energiekrisenhilfe gewaschen werden. Da ist ein Schaden für die Steuerzahler entstanden, schon jetzt, trotz dieser Kehrtwende, weil 4 Milliarden Euro auch bei niedrigen Zinssätzen Millionen pro Monat kosten. Das, meine Damen und Herren, riecht nach Untreue. Sie haben sich als Treuhänder für das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vollkommen disqualifiziert, Herr Finanzminister.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Dann kam am 2. Dezember die Kehrtwende. Es gab schon vorher viel Kritik der Opposition, und dann gab es die wirklich beispiellose Kritik des Landesrechnungshofs. Abgesehen von der Kehrtwende reagierte die Koalition darauf zunächst einmal mit einer Pressemitteilung der Kollegin Brems und des Kollegen Schick. Darin lassen sich die beiden mit den Sätzen zitieren, dass sie keine Zweifel hätten, dass der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung vor dem Verfassungsgerichtshof Bestand gehabt hätte, dass aber jetzt nicht die Zeit sei, in langwierigen Gerichtsverfahren auf seinem Recht zu bestehen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Erstens. Die Einhaltung der Verfassung und die Überprüfung durch die Opposition ist keine Rechthaberei, und das sind keine langwierigen Gerichtsverfahren. Etwas mehr Respekt vor Recht, Gesetz und der Verfassung täte dieser Koalition wirklich gut.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Zweitens. Außer Ihnen glaubt das doch niemand. Ich glaube noch nicht einmal, dass Sie das selber glauben.

(Lachen von Christian Dahm [SPD] und Nadja Lüders [SPD])

Herr Kutschaty hat gerade aus einem Gutachten des Rechtswissenschaftlers Professor Kempny zitiert. Daraus will ich auch zitieren:

„Die Ergänzungsvorlage ist demnach [...] wegen Verstoßes sowohl gegen Landes- als auch gegen Bundesverfassungsrecht verfassungswidrig.“

Ich gebe Ihnen noch ein Zitat:

„Zur klarstellenden Ergänzung ist ferner festzuhalten, dass auch schon die Aufnahme eines Großteils der liquiden Mittel verfassungswidrig war.“

Das können Sie sich inhaltlich lange schönreden. Da können Sie noch so oft sagen, dass die Verfassungswidrigkeit schlussendlich vom Verfassungsgerichtshof und nicht von Gutachtern oder vom Landesrechnungshof festgestellt werde. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe das als Einladung verstanden, den Schiedsrichter in den nächsten Monaten zu fragen. Wir werden das überprüfen, wir werden das aufklären, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Das bringt uns zum heutigen Tag. Das Täuschungsmanöver wurde einkassiert, und jetzt wollen Sie für 2022 und 2023 die Schuldenbremse aussetzen und einen Krisenrettungsschirm mit 5 Milliarden Euro auflegen. Dafür bleiben weniger als zwei Wochen im ohnehin kürzesten Beratungsverfahren für einen Landes-

haushalt – so viel zum Thema „Krise braucht Klarheit“.

Schauen wir uns an, was da eigentlich heute zu beschließen ist, worüber Sie unmittelbar abstimmen wollen; mit der Klarheit von einer Veröffentlichung der Drucksache am gestrigen Tag zur direkten Abstimmung heute. Wie begründen Sie eigentlich das Aussetzen der Schuldenbremse? Diese Landesregierung wird offensichtlich durch die wirtschaftliche Lage im Land überrascht.

(Lachen von Christian Dahm [SPD], Nadja Lüders [SPD] und Kirsten Stich [SPD])

Es heißt in der Begründung der Koalition: Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine treffen Nordrhein-Westfalen härter als andere Bundesländer, da seine Wirtschaftsstruktur durch viele Grundstoffindustrien geprägt ist, die besonders energieintensiv sind. – Donnerwetter, meine Damen und Herren! Das ist eine Erkenntnis!

(Sven Wolf [SPD]: Das hätte keiner ahnen können!)

Das einzig Überraschende hier ist, dass diese Koalition von der Wirtschaftsstruktur des Landes Nordrhein-Westfalen überrascht ist.

(Beifall von der FDP – Beifall und Lachen von der SPD)

Offensichtlich ist in den vergangenen Monaten die Zeitungslektüre ausgefallen, gab es keine Gespräche mit Unternehmen, mit ihren Verbänden und wurde in den Plenardebatten nicht zugehört. Aber jetzt berufen Sie sich auf einmal auf die Zahlen des Ifo Instituts; der Finanzminister hat es eben getan.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Die Wirtschaftsministerin hat öffentlich gesagt, dass diese Zahlen nicht ernst zu nehmen seien, das sei ein – ich zitiere Frau Neubaur – „Schnellschuss“.

(Lachen von Sven Wolf [SPD] und Kirsten Stich [SPD] – Zuruf)

Jetzt berufen Sie sich auf die Zahlen der IHK. Anders als Ihr Vorgänger, Frau Neubaur, haben Sie die Zahlen der IHK aber nicht zusammen mit den Kammern vorgestellt, haben das nicht analysiert. Jetzt wollen Sie die Notlage feststellen lassen mit genau den Zahlen, die Sie noch vor wenigen Wochen einfach so vom Tisch gewischt haben. Was für eine Kehrtwende!

(Beifall von der FDP und der SPD – Zuruf von der SPD: Was für eine Blamage!)

Die Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz Drucksache 18/1500 ist immer noch im Verfahren. Sie stehen also offensichtlich immer noch hinter der gleich folgenden Begründung. Sie werden sehen, warum

mich das wundert. Dort schrieben Sie am 8. November:

„Hinzu kommt, dass für das Land Nordrhein-Westfalen nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen für das Haushaltsjahr 2023 nicht vom Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation [...] ausgegangen werden kann.“

(Jochen Ott [SPD]: Ach, guck!)

Vier Wochen später sieht das also komplett anders aus. Wir können das gerne gleich noch einmal gemeinsam nachschauen und irgendwelche Schiedsrichter fragen, aber der Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen auf das Land sind schon etwas länger bekannt als seit dem 8. November – deutlich länger.

(Vereinzelt Lachen von der SPD)

Schon im Sommer hatten wir die Hochphase bei den Energiepreisen. Gepennt haben Sie, meine Damen und Herren!

(Beifall von der FDP und der SPD – Zuruf von der SPD: Jawoll!)

Es kommt noch besser: Als Teil Ihrer Begründung beziehen Sie sich auf Entscheidungen des Deutschen Bundestags vom 21. Oktober und vom 3. Juni. Das war auch deutlich vor der Ergänzungsvorlage vom 8. November.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Bevor man jetzt glaubt, dass dieses ganze Durcheinander nicht noch besser würde, kann man mal auf das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute schauen. Im September haben diese schon auf die schwierige Lage hingewiesen, insbesondere für die energieintensive Industrie. Das wurde von der Landesregierung ignoriert.

Noch schlimmer: Sie sagen, Sie können nirgendwo im Haushalt etwas einsparen. – An einer Stelle haben Sie schon gespart: Sie haben sich die NRW-eigene Prognose des RWI für die wirtschaftliche Entwicklung des Industrie- und Energielandes Nummer eins gespart, haben die weder in Auftrag gegeben, noch öffentlich vorgestellt. Meine Damen und Herren, das erklärt die Überraschung, aber es ist eine schlechte Nachricht für das Land, wenn Sie volkswirtschaftlichen Sachverstand abbestellen und genau an dieser Stelle sparen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nun kann und muss man Prognosen natürlich interpretieren, man muss sie lesen, man muss abwägen. Das gestehe ich Ihnen zu. Ich gestehe Ihnen allerdings nicht zu, diese Interpretation alle drei bis vier Wochen komplett zu ändern.

Ich frage mich: Wer hat in dieser Landesregierung eigentlich noch den Überblick, wie man in dieser

Woche die Zahlen zu interpretieren hat? Was gilt denn jetzt? Und was gilt eigentlich nächste Woche? Krise braucht Klarheit, meine Damen und Herren. Klar ist bei dieser Landesregierung nur eins: Man weiß überhaupt nicht, woran man ist, und das gilt auch aus Sicht der Menschen in diesem Land.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die schwierige Lage war bei den Wirtschaftsforschungsinstituten, bei Unternehmen und auch hier in der politischen Debatte lange bekannt. Sie haben die Warnungen ignoriert. Darum gibt es in Wahrheit nur zwei Möglichkeiten: Entweder haben Sie den Ernst der Lage nicht erkannt, oder Sie haben überhaupt nicht verstanden, was im Moment in diesem Land wirtschaftlich passiert.

Egal für welche dieser beiden Möglichkeiten Sie sich entscheiden, es sind katastrophale Botschaften für die Wirtschaft, den Wohlstand und die Arbeitsplätze in diesem Land. Frei nach dem Bundeswirtschaftsminister: Wir haben gar keine Rezession. Die Unternehmen produzieren und verkaufen einfach nur ein bisschen weniger. – So kann man Wirtschaftspolitik nicht machen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

Die Schuldenbremse erlaubt Schulden zur Krisenabwehr unter klaren Regeln. Eine dieser Grundregeln ist, dass man Schulden erst dann aufnehmen darf, wenn die eigenen Mittel ausgeschöpft wurden. Den Haushaltsplanentwurf 2023 haben Sie mit der Behauptung aufgestellt, es gäbe gar keine Notlage, alles sei in Ordnung. Jetzt sagen Sie trotzdem: Es gibt eine Notlage, aber es gibt keinerlei Korrekturbedarf im Kernhaushalts.

Das nehme ich Ihnen inhaltlich nicht ab, und, Herr Finanzminister, das nehme ich auch Ihnen nicht ab, weil Sie gerade gesagt haben: Der Zeitdruck erlaubt es gar nicht, den Kernhaushalt noch einmal anzupacken.

Sie sind für diesen Zeitplan verantwortlich, und natürlich bliebe ausreichend Zeit, sich den Kernhaushalt noch einmal genau anzuschauen. Sie machen sich das viel zu einfach.

Sie haben im ersten Nachtragshaushalt allein in den Ministerien 180 neue Stellen geschaffen. Das sind über 10 Millionen Euro im Jahr. Damit können wir anfangen. 3 Millionen Euro mehr möchte diese Landesregierung für die eigene PR- und Öffentlichkeitsarbeit in den Ministerien einstellen. Nach den letzten Tagen verstehe ich diesen Wunsch,

(Heiterkeit von der SPD)

aber das ist nicht im Sinne der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Sie haben im Haushalt 2023 weitere 5.000 Planstellen – 350 Millionen Euro – mit drin. Da müsste man sich ernsthaft fragen: Braucht es wirklich jede einzelne dieser Stellen sofort, oder gibt es Möglichkeiten, hier anders auf die Krise zu reagieren?

Es gibt im Haushalt 2023 das Potenzial, mindestens einen Teil der Krisenhilfe über den regulären Haushalt zu finanzieren, also ohne neue Kredite. Dafür muss man sich Mühe geben. Eine strenge Prüfung und eine strenge Begründung zu leisten, ist aber auch der Auftrag der Schuldenbremse. Die Begründung, die Sie vorgelegt haben, ist nicht nur hinsichtlich der Frage fahrlässig, auf welche Zahlen Sie sich beziehen, sondern übrigens auch hinsichtlich der Frage der Ausgewogenheit, ob es denn auch Lichtblicke gibt.

Der Einkaufsmanagerindex vor zwei Wochen war leicht positiv. Haben Sie eigentlich bei der Frage, wie hoch der Rettungsschirm sein muss, die Wirkung der Energiepreislösungen ab dem kommenden Jahr berücksichtigt? Ich stelle einen Vergleich zur Situation „Corona“ her: Als wir wegen Corona die Notsituation festgestellt haben, waren alleine hier 1,6 Millionen Menschen in Kurzarbeit, im Moment sind es 21.500. Ich wünsche mir, dass es null wären, aber die Situation ist nicht vergleichbar.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] und Dietmar Brookes [FDP])

Niemand bestreitet, dass wir uns in einer außergewöhnlichen Situation befinden. Ich bestreite auch nicht, dass es staatlicher Hilfe bedarf. Ich bestreite übrigens auch nicht, dass die Programme des Bundes sinnvoll ergänzt werden können. Deshalb haben wir schon im Oktober ganz konkrete Vorschläge zur Stärkung der Kommunen und zur Stärkung der sozialen Infrastruktur gemacht. Die haben Sie alle abgelehnt, aber nicht nur das, Sie haben bis zum heutigen Tag keinen eigenen Vorschlag hier genannt.

Die drei Säulen, die der Ministerpräsident vorgestellt hat, sind jetzt einen Monat alt. Nichts, aber auch gar nichts, ist zu diesem Beratersprech hinzugekommen. Auch jetzt kommen von der Koalition nur vage Andeutungen. Sie haben jetzt einen Monat lang nichts gemacht.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, die Redezeit.

Henning Höne (FDP): Mir fehlt der Glaube dafür, dass Sie innerhalb der nächsten 14 Tage auf einmal auf gute Ideen kommen. Sie sind mit dieser Krise hoffnungslos überfordert.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Die Redezeit, Herr Kollege.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Meine Damen und Herren, auf Krisenhilfen kann man sich einigen, und hierfür stehen wir zu Gesprächen bereit. Das muss aber solide finanziert und verfassungsfest sein. Die 180-Grad-Wenden dieser Landesregierung werden wir allerdings nicht mitgehen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Beucker.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! „Schweinsgalopp“ ist der richtige Ausdruck für die Art und Weise des Haushaltsverfahrens, in dem wir uns zurzeit befinden. Ich wiederhole meine Kritik am Verfahren, das eher einer Farce denn einem geordneten Haushaltsverfahren gleicht.

(Beifall von der AfD)

Nun soll also ein weiterer Nachtragshaushalt mit neuen Schulden verabschiedet werden. Denn es sind Schulden, es ist kein Sondervermögen. Schon der Begriff ist also – „betrügerisch“ klingt so hässlich ... Aber ja, es ist so. Die Tilgung der Schulden innerhalb von 25 Jahren – in kürzerer Zeit also als bei den Coronaschulden – ist wenigstens – wenn überhaupt – ein kleiner Lichtblick, doch es sind Schulden. Dabei ist unklar, wie lange die Mittel verwendet werden sollen. Dabei ist unklar, wofür sie verwendet werden sollen. Dabei ist unklar, warum sie eigentlich verwendet werden sollen.

Wir sind der Meinung, dass es keiner neuen Schulden bedarf, denn eigentlich handelt es sich hierbei nur um einen schuldenfinanzierten Rettungsschirm für die Grünen, damit die Bürger die grüne Verweigerungshaltung in der Energiepolitik nicht mit Wahlstimmentzug „belohnen“.

Die Schulden sind schon deshalb nicht nötig, weil die Regierung zu Unrecht eine Umpriorisierung von Ausgaben für unmöglich hält, aber das behauptet sie nur, sie versucht es nicht einmal. Allein wenn Sie sich eingestehen würden, dass nicht alle im Haushalt vorgesehenen Stellen besetzt werden können, würden bedeutende Beträge anders verwendet werden können.

Sie beschreiben eine Notsituation der Industrie in NRW, die aufgrund der hohen Energiekosten, die nicht unmittelbar und vollständig an die Endabnehmer weitergegeben werden können, erheblich unter Druck geraten sei, Verluste einfahre oder gar ihre

Produktion ganz oder teilweise einstelle. Das ist durchaus der Fall, aber warum ändern Sie die Energiepolitik nicht und machen dafür Ihren Einfluss beim Bund geltend? Warum redet man überhaupt von Kohleausstieg und Kernkraftstilllegung in dieser Situation?

Als Begründung für die Notsituation müssen auch die Belastungen durch nach oben schnellende Flüchtlingszahlen herhalten. Die Flüchtlinge kommen aber nicht nur aus der Ukraine, und vor allem steigen die Anzahl derer, die aus der Ukraine sind, nicht so eklatant. Warum intensivieren Sie nicht die Abschiebungen von seit Jahren Ausreisepflichtigen, und warum verstärken Sie die Anziehungseffekte via Staatsangehörigkeitsrecht? Auch das Bürgergeld wirkt eher wie ein Sog. Da könnten Sie unmittelbar Kosten einsparen und weitere Schulden vermeiden – Schulden für Maßnahmen, die weiterhin sehr im Dunkeln bleiben.

Der Angriffskrieg hat am 24. Februar 2022 begonnen. Auswirkungen zeigten sich früh, Einflüsse auf die Nachbarländer waren deutlich sichtbar oder absehbar. Was haben Sie in der ganzen Zeit bis jetzt denn gemacht, anstatt Pläne aufzustellen? Daumen gedreht und gewartet, dass der Bund irgendwas macht? Wo sind denn die konkreten Pläne dafür, was Sie tun wollen?

Sie stellen die Notlage als akut dar. Dann müssten Sie aber doch auch genau sagen können, welche Einzelnot Sie wie lindern wollen.

Wie es an dieser Stelle aussieht, sollen wir Ihnen völlig freie Hand lassen – ohne Kontrolle gerade des Parlaments über eine auch nur halbwegs vorausschauende Planung dessen, wofür das Geld ausgegeben werden soll, ohne Priorisierung von Maßnahmen, ohne Schwerpunktsetzung, ohne ungefähre Vorstellung, wen das erreichen soll. Da besteht doch die Gefahr, dass die Maßnahmen verpuffen, und dann hätten wir eine schwer getroffene Wirtschaft und neue Schulden.

Sie behaupten, dass der Notsituation nur mit sofort und umfassend wirkenden Investitions- und Hilfsprogrammen begegnet werden könne. Wenn diese Programme sofort wirken müssen, dann müssten sie ja schon vorliegen und quasi nächste Woche umgesetzt werden, damit sie wirken können, denn später als sofort wäre ja zu spät. Diese Programme können Sie uns aber nicht präsentieren. Wenn es sie aber nicht gibt, dann sind die Schulden dafür auch nicht notwendig, weil sie nichts bewirken.

Sie begründen die Notsituation zudem mit ausschließlich äußeren Einflüssen, die im Wesentlichen nicht der staatlichen Einflussnahme unterlägen. Sie nennen die Energiekrise und Energiepreisentwicklung, Inflation und Flüchtlingsentwicklung. All das soll durch den Angriffskrieg hervorgerufen worden sein. Das ist aber völlig falsch.

Erstens. Die Inflation hängt nicht nur mit dem Krieg in der Ukraine zusammen, sondern mit der laxen Geldpolitik und den falschen Coronamaßnahmen. Die Inflation lag im Oktober 2021, fünf Monate vor dem Krieg, bei 5,2 %, im November 2021, vier Monate vor dem Krieg, bei 5,3 % und im Januar 2022, zwei Monate vor dem Krieg, bei 4,9 %. Das ist viel. Die jährliche Inflationsrate im Jahr 2021 war mit 3,1 % die höchste seit 1993. Die Verantwortung dafür liegt nicht in Moskau, sondern bei der Europäischen Zentralbank.

(Beifall von der AfD)

Zweitens. Die Energiepreise hatten sich bereits bis Anfang Februar 2022, einen Monat vor dem Krieg, um das Zweieinhalbfache erhöht. Die Verantwortung dafür liegt nicht in Moskau, sondern in Berlin.

Drittens. Es besteht keine Energiekrise im beschriebenen Umfang, weil es ja eine staatliche Abhilfemaßnahme gibt. Diese besteht im Stopp des Ausstiegs aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie und dem schnelleren Hochfahren von Kohlekraftwerken. Auch dafür liegt die Verantwortung nicht in Moskau, sondern in Berlin.

Wie gezeigt, fällt die Begründung der Notsituation in jedem Punkt in sich zusammen.

Zu fragen ist natürlich auch, warum die Notlage erst jetzt eingetreten sein soll. Vor zwei Monaten war die Lage nicht anders. Die einzige Notlage, die zur jetzigen Vorlage geführt hat, ist die Notlage der Regierung, dass die Verfassungswidrigkeit ihres Haushalts offenbar wurde. Dann wurde in der Tat ganz, ganz schnell gehandelt. Das ist aber ein umso schlechteres Zeugnis für die Regierung. Es ist ihr völlig gleichgültig, welche Not Industrie und Bürger leiden, denn sonst wäre schon früher gehandelt worden.

Wenn die Notsituation, wie gezeigt, herbeifantasiert ist, stellt sich die Frage, was die Landesregierung eigentlich macht, wenn der Landesrechnungshof auch dieses Mal sagt, der Haushalt sei verfassungswidrig. Ein hübsches Gedankenspiel. Wir sind gespannt.

Einstweilen werden wir das Ganze ablehnen – und das allein schon aufgrund der Art und Weise der Beratungen. Außerdem besteht eine Notsituation, wie von der Regierung behauptet, nicht. Drittens lehnen wir eine Politik ab, die sich darin erschöpft, jede Krise mit noch mehr Schulden zuzukleistern. Das ist keine nachhaltige Strategie. Vielmehr brauchen wir Fachpolitik, die sachlich die wahren Gründe für die Krisen ermittelt und mit geeigneten Maßnahmen wegarbeitet. Das ist von dieser Regierung aber nicht zu erwarten. Wir brauchen nicht nur einen nachhaltigen Politikwechsel, wir brauchen vor allen Dingen einen nachhaltigen Politikerwechsel. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Beucker. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Herr Wüst, ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie in dieser chaotischen Haushaltssituation an das Redepult treten und sich erklären, statt sich ständig hinter Ihrem Handy zu verstecken.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Sie reden ständig von schnellen Hilfen, die jetzt dringend notwendig seien, und davon, dass alles andere verantwortungslos wäre. Sie haben die schnellen Hilfen im Nachtrag doch abgelehnt. Das war die Verantwortungslosigkeit. Das Geld könnte längst bei Vereinen, der Wirtschaft und den Menschen angekommen sein, wenn Sie es nicht verhindert hätten.

(Beifall von der SPD und der FDP – Zuruf von Kirsten Stich [SPD])

Herr Rock, Sie sprechen hier über eine PK und stricken daraus Verschwörungstheorien über Vorwürfe. Diese PK haben wir gemacht, um unser Konzept für schnelle Hilfen auf den Tisch zu legen – ein Konzept, das Sie nicht haben, wo Sie abtauchen, genau wie Ihre Fraktionsspitze und der Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP] – Sarah Philipp [SPD]: Allerdings!)

Sie versuchen allen Ernstes, uns weiß zu machen, Sie hätten die Notlage erst jetzt bemerkt. Ihre stellvertretende Ministerpräsidentin Frau Neubaur hat im September gefordert, die Notlage zu erklären und die Schuldenbremse aufzuheben. Im September! Jetzt im Dezember wollen Sie uns erzählen, Sie hätten davon nichts mitbekommen und nichts gewusst.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Sie verweisen auf Brandenburg, Herr Rock. Brandenburg hat im Oktober erklärt, dass die Notlage ausgerufen werden soll.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Die Redezeit.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Deswegen kann ich nur sagen: Sie gefährden durch Ihr Vorgehen schnelle Hilfen für Menschen, ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, die Redezeit ist beendet.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): ... weil Sie hier etwas verfassungsmäßig Zweifelhafte vorgelegt haben. Wir müssen schnell helfen, aber nicht so.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege Zimkeit, die Redezeit ist deutlich überschritten!

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Das ist verantwortungslos!

(Beifall von der SPD – Zurufe)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schick.

(Gordan Dudas [SPD]: Aber schnell, Herr Schick! – Weitere Zurufe)

Thorsten Schick^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Dudas, hier geht es nicht um Schnelligkeit, hier geht es um die Wahrheit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Oh! – Zuruf von der SPD: Wer im Glashaus sitzt ...!)

Die Wahrheit ist, dass Herr Kutschaty und Herr Höne vor dem Ausdrucken ihrer Redebeiträge besser einmal auf „Aktualisierung“ gedrückt hätten, denn das, was dem Gutachten, das Sie vorgelegt haben, zugrunde liegt, ist überholt.

Es stimmt nicht mehr, was in dem Gutachten steht. Es wiederholt im Wesentlichen nur – und das haben Sie heute auch nur getan –,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

was der Landesrechnungshof vor zwei Wochen gesagt hat.

(Zuruf von der SPD)

Aber die Grundlage stimmt nicht mehr. Die Landesregierung hat am vergangenen Freitag

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

einen Entwurf eines Krisenbewältigungsgesetzes und eine Änderung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2022 vorgelegt. Wir werden die im Gutachten erwähnten Restmittel aus dem Rettungsschirm nicht für die aktuelle Energiekrise einsetzen. Damit ist dem Gutachten die Grundlage entzogen.

(Henning Höne [FDP]: Nee, nee, nee!)

Wir haben eine völlig neue Situation.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Herr Kutschaty, wir haben die Hand ausgestreckt.

(Zuruf von der SPD)

Wir haben mit Ihnen und Herrn Höne zweimal gesprochen.

(Zurufe von der SPD)

Der Dank dafür war, dass Sie uns Erpressung vorgeworfen haben. Laut § 253 Strafgesetzbuch ist Erpressung – das wissen Sie als Jurist und ehemaliger Justizminister –,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

„wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt“.

– Als ehemaliger Justizminister bringen Sie solche Begriffe in die politische Diskussion ein!

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wir wollen Brücken bauen;

(Jochen Ott [SPD]: Was?)

Das, was Sie machen, ist Brücken einreißen. Das ist die Wahrheit!

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Jochen Ott [SPD] – Lachen von der SPD)

– Sie lachen. Das war gestern in der Pressemitteilung. Das war gestern in dem entsprechenden Pressegespräch.

(Jochen Ott [SPD: Ganz große Rede!)

Und Sie gehen heute noch einen Schritt weiter. Sie haben uns vorgeworfen, dass wir Anträge durchstechen, leaken. – Das weise ich im Namen meiner Fraktion und sicherlich im Namen der Fraktion der Grünen ganz entschieden zurück.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kutschaty, kommen Sie nach vorne und legen Sie Beweise vor!

(Anhaltender Beifall von der CDU – Jochen Ott [SPD]: Ha!)

Wenn Sie keine Beweise vorlegen können, ist das hier der Platz, wo Sie sich dafür entschuldigen können, was Sie unseren beiden Fraktionen vorgeworfen haben. Das wäre guter politischer Stil.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Jochen Ott [SPD]: Ha! Ha! Ha! – Weitere Zurufe von der SPD)

Andernfalls ist Ihr Auftritt nur eines: die Flucht vor der Verantwortung.

(Lachen von der SPD)

Wochenlang haben Sie über Notlage gesprochen. Jetzt, wo es darum geht, Notlage zu beschließen, schlagen Sie sich mit solchen Vorwürfen in die Büsche.

(Zuruf von der SPD: Sie haben nicht davon gesprochen!)

Das ist keine seriöse Politik.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Aber obwohl es mich – wie viele andere in den beiden Regierungsfractionen – innerlich geärgert hat, sage ich trotzdem: Unsere Hand bleibt weiter ausgestreckt.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Bitte schlagen Sie nicht drauf, sondern schlagen Sie lieber ein. Dann können wir für das Land, die Menschen und die Unternehmen in unserem Land einiges bewegen. Die Chance dazu haben Sie. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Schick. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Ende der Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen, erstens über die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1950. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung** bei Abwesenheit des Abgeordneten Dr. Blex **angenommen**.

Wir kommen – zweitens – zur Abstimmung über die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1951. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs 1871951 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales. Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung** mit dem mir festgestellten Ergebnis bei Abwesenheit des Abgeordneten Dr. Blex **angenommen**.

Wir kommen – drittens – zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/1973. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags 18/1973. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU.

Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und der AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/1973** mit dem von mir festgestellten Abstimmungsergebnis bei Abwesenheit des Abgeordneten Dr. Blex **angenommen**.

Wir kommen zu:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500 – Ergänzung
Vorlage 18/342

Beschlussempfehlungen
des Haushalts- und Finanzausschusses

Drucksache 18/1900
Drucksache 18/1901
Drucksache 18/1902
Drucksache 18/1903
Drucksache 18/1904
Drucksache 18/1905
Drucksache 18/1906
Drucksache 18/1907
Drucksache 18/1908
Drucksache 18/1910
Drucksache 18/1911
Drucksache 18/1912
Drucksache 18/1913
Drucksache 18/1914
Drucksache 18/1915
Drucksache 18/1916
Drucksache 18/1920

Änderungsanträge
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/1975
Drucksache 18/1976
Drucksache 18/1977
Drucksache 18/1978
Drucksache 18/1979
Drucksache 18/1980
Drucksache 18/1981
Drucksache 18/1982
Drucksache 18/1983
Drucksache 18/1984
Drucksache 18/1985
Drucksache 18/1986
Drucksache 18/1987
Drucksache 18/1988
Drucksache 18/1989
Drucksache 18/1990
Drucksache 18/1991
Drucksache 18/1992
Drucksache 18/1993
Drucksache 18/1994

Drucksache 18/1995
Drucksache 18/1996
Drucksache 18/1997
Drucksache 18/1998
Drucksache 18/1999
Drucksache 18/2000
Drucksache 18/2001
Drucksache 18/2002
Drucksache 18/2003
Drucksache 18/2004
Drucksache 18/2005
Drucksache 18/2006
Drucksache 18/2007
Drucksache 18/2008
Drucksache 18/2009
Drucksache 18/2010
Drucksache 18/2011
Drucksache 18/2012
Drucksache 18/2013
Drucksache 18/2014
Drucksache 18/2015
Drucksache 18/2016
Drucksache 18/2017

Änderungsanträge
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2020
Drucksache 18/2021
Drucksache 18/2022
Drucksache 18/2023
Drucksache 18/2024
Drucksache 18/2025 – Neudruck
Drucksache 18/2026
Drucksache 18/2027 – Neudruck
Drucksache 18/2028 – Neudruck
Drucksache 18/2029 – Neudruck
Drucksache 18/2030
Drucksache 18/2031
Drucksache 18/2032
Drucksache 18/2033 – Neudruck
Drucksache 18/2034
Drucksache 18/2035
Drucksache 18/2036
Drucksache 18/2037
Drucksache 18/2038
Drucksache 18/2039
Drucksache 18/2040
Drucksache 18/2041
Drucksache 18/2042
Drucksache 18/2043
Drucksache 18/2044
Drucksache 18/2045
Drucksache 18/2046 – Neudruck
Drucksache 18/2047
Drucksache 18/2048
Drucksache 18/2049
Drucksache 18/2050 – Neudruck
Drucksache 18/2051
Drucksache 18/2052
Drucksache 18/2053